

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 24.

Charlottenburg, Freitag, den 11. Juni 1920.

Jahrg. 47.

Unser Lohnabkommen vom 1. Juni ab.

Bekanntlich wurde das vom 1. April ab gültige Lohnabkommen von unserer Seite am 30. April wieder gekündigt, so daß dasselbe am 31. Mai zum Ablauf gelangte. Am 27. und 28. Mai haben zwischen Vertretern des „Arbeitgeberverbandes für die feinkeramische Industrie“ und unseres Verbandes Verhandlungen stattgefunden in Berlin zwecks Vereinbarung eines neuen, vom 1. Juni ab gültigen Lohnabkommens. Von unserer Seite ging voraus eine Konferenz am 13. Mai in Leipzig, in der die Grundlage für erneute Verhandlungen gesucht und gefunden worden war. An der Konferenz in Leipzig — und später auch an den Verhandlungen in Berlin — nahmen Vertreter von Zahlstellen teil, die bisher noch nicht (mit einer Ausnahme) an solchen Verhandlungen beteiligt waren. Es waren vertreten die Zahlstellen Kuma durch den Kollegen Pohl, Eisenberg durch Bartel, Elms horn durch Geufeler, Hornberg durch Benzing, Rromach durch Weit, München durch Buchner, Rheinsberg durch Möbius, Teltow durch Gerber, Unterweißbach durch Grimm, Worsam durch Ruttemik. Vom Vorstand nahmen teil: Gerben, Karl, Schneider, Wollmann; außerdem die Gauleiter Hoffmann, Wiedowitz, Firsch, Fähr und Kollege Uhlmann, Dresden. Außerdem waren bei den Verhandlungen in Berlin zugegen einige Vertreter des christlichen Keramarbeiterverbandes, sowie Vertreter der Verbände der Lithographen und Stein-drucker, Maschinisten und Feizer, Metallarbeiter.

Weil der Gewerbeverein (Firsch-Dunder) unlängst ohne Vorwissen unseres und des christlichen Verbandes besondere Forderungen für seine Mitglieder eingereicht hatte, obwohl er bei den Verhandlungen in Nürnberg und auch früher schon in Gemeinschaft mit uns beteiligt war, lehnte unser Verband es ab, nunmehr in Gemeinschaft mit dem Gewerbeverein wieder zu verhandeln. Demzufolge war der letztere an den diesmaligen Verhandlungen nicht beteiligt.

Die Forderungen, die den Arbeitgebern schriftlich zugestellt worden waren und die die Grundlage der Verhandlungen bildeten, waren auf unserer Konferenz in Leipzig formuliert worden. Die Anträge, die der Leipziger Konferenz vorlagen, gingen natürlich bedeutend weiter als die Forderungen, die als das Ergebnis einer ergiebigen Aussprache dann erhoben wurden. Die Vertreter der Zahlstellen mußten sich schließlich überzeugen, daß die Situation sich wesentlich geändert hatte seit den letzten Verhandlungen. Alle Forderungen auf Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen, besonderen Feuerungszulagen, besonderen Familienzulagen neben einer festen oder prozentualen Lohnerhöhung wurden fallen gelassen. Es wurde eine prozentuale Lohnerhöhung, gestaffelt nach Ortsklassen, vereinbart.

Bei Beginn der Verhandlungen in Berlin wurde von Vertretern der Arbeiter darauf hingewiesen, daß bei Formulierung der Forderungen schon die veränderte Situation genügend berücksichtigt worden sei. Von einem Preisabbau auf dem Lebensmittelmarkt sei entweder noch gar nicht oder doch in einem so geringen Maße die Rede, daß die Arbeiterschaft noch nicht die geringsten Wirkungen davon verspüre. Im Gegenteil sind einige der hauptsächlichsten und rationierten Lebensmittel noch andauernd in der Preissteigerung begriffen. Von Arbeitnehmerseite wurde ferner der Standpunkt vertreten, daß es nicht als unbillig angesehen werden könne, wenn verlangt wird, die Arbeiterlöhne trotz der veränderten wirtschaftlichen Lage weiter zu erhöhen, mit dem Hinweis, daß die Unternehmer eben aus den bisher gemachten

Vorauslagen diese Erhöhungen tragen könnten, wenn schon die augenblickliche Marktlage das nicht mehr zulassen sollte.

Von Arbeitgeberseite wurde den Arbeitervertretern ein Bild von der gegenwärtigen Wirtschaftslage gezeichnet. Die Absatzstodungen sind da und lassen sich nicht weglegen. Ein großer Teil der Aufträge — Auslands- wie Inlandsaufträge — sei den Unternehmern annulliert worden. In manchen Branchen und Betrieben der feinkeramischen Industrie betragen diese Annullierungen bis zu 90 Proz. der Aufträge. Niemand wisse, ob sich dieser Zustand zu einer Krise von längerer Dauer auswachsen werde. Es liegen Anzeichen vor, die das letztere befürchten lassen. Die Warenpreise haben den Weltmarktpreis nicht nur erreicht, sondern ihn schon teilweise überschritten, womit die Waren unverkäuflich geworden sind. Eine Herabsetzung der Verkaufspreise bedinge aber eine Verminderung der Gestehungskosten und diese wiederum eine Herabsetzung der Arbeiterlöhne. Das eine hänge am anderen.

Auf Arbeitgeberseite dränge man zum Teil schon jetzt auf einen Abbau der Löhne; von einer Erfüllung der Arbeiterforderungen in der verlangten Höhe könne gar keine Rede sein. Diese Verhandlungen werden von großem Einfluß sein auf die Gestaltung der Verhältnisse in unserer Industrie für die Folgezeit. Jeder Teilnehmer möge sich der großen Verantwortung bewußt sein und bleiben, die er mitzutragen hat.

Nachdem die Arbeitgeber mehrere Male allein und unter sich beraten hatten, die Arbeiter desgleichen, kam folgende Vereinbarung zustande:

Zur Wahrung des Wirtschaftsfriedens erklärt sich der Arbeitgeberverband bereit, ab 1. Juni bis 15. Juli d. J. eine Lohnerhöhung zu gewähren in Höhe von 10 Proz. auf die effektiven Verdienste in den Lohnbüchern. Die sonstigen männlichen Arbeiter erhalten, wenn sie im Zeitlohn beschäftigt sind, 5 Proz. mehr, also 15 Proz. auf den effektiven Lohn. Im Falle der §§ 34 und 36 des Reichstarifvertrages beträgt die Lohnerhöhung nur 10 Proz.

Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir behaupten, daß unsere Teilnehmer an diesen Verhandlungen, besonders aus den Zahlstellen, es wahrscheinlich abgelehnt hätten, diesem Verhandlungsergebnis ihre Zustimmung zu geben, sofern diese nur für ihre eigene Person, über ihre eigene Existenz zu entscheiden gehabt hätten. Nachdem aber für jeden Verhandlungsteilnehmer feststand, daß nur noch die Wahl blieb: entweder diesem Ergebnis die Zustimmung zu geben oder in einen tariflosen Zustand hineinzugehen, siegte der Gedanke des Festhaltens am Tarifzustand, zumal es sich ja nur um eine Vereinbarung für die Dauer von 6 Wochen handle und dann von neuem entschieden werden müsse. Die Vertreter der anderen Verbände stimmten hierin mit den Vertretern unseres Verbandes überein.

Nunmehr können alle Mitglieder unseres Verbandes sich mit diesem Ergebnis befassen und ihr kritisches Urteil dazu abgeben. Es ist nicht unsere Absicht, die Kritik etwa zu unterbinden oder in bestimmte Bahnen zu leiten, soviel wir auch sonst immer wünschen, daß im Interesse der Gesamtheit auch die schärfste Kritik den sachlichen Boden nicht verlassen möge. Wir sind überzeugt, daß es in unseren Reihen eine ganze Anzahl von Kollegen geben wird, die der Meinung sein werden, diesem mageren Verhandlungsergebnis hätte man nicht zustimmen dürfen, ohne jede Rücksicht auf die etwa entstehenden Folgen. Die eingetretenen Absatzstodungen, die Krisenerscheinungen habe man ernster genommen, als notwendig gewesen usw. Wir sind aber auch überzeugt, daß es auf der Arbeitgeberseite in diesem Punkte nicht anders aus-

sehen wird, als bei uns. Auch dort werden vermutlich Kraftnaturen vorhanden sein, denen es angenehmer gewesen wäre, es hätte keine Verständigung gegeben, denen die vereinbarte Lohn-erhöhung zu weitgehend ist, die vielleicht gar schon an einen Ab-bau der Löhne bei diesen Verhandlungen gedacht haben. Diese Vereinbarung ist, wie immer in solchen Fällen, ein Kompromiß, das auf beiden Seiten eine volle Befriedigung nicht auslösen wird und kann.

Man mag die Verhältnisse beurteilen, wie man will, an der Tatsache kommt kein Mensch vorüber, daß gegenwärtig eine Ab-satzstodung eingetreten ist, die lähmend und hemmend wirkt. Daß solcher Zeitpunkt für unsere Lohnforderungen nicht günstig ist, braucht auch nicht besonders bewiesen zu werden. Die gegen-wärtig drohende Krise ist allerdings nicht, wie wir das in der Vorkriegszeit gewöhnt waren, dadurch entstanden, daß der Markt mit Waren überfüllt wäre; im Gegenteil, der Bedarf an Waren, auch an Erzeugnissen der Feinkeramik, ist nach wie vor ein sehr großer. Der Inlandsmarkt ist geradezu von Waren entblößt, der Auslandsmarkt ist ebenfalls noch in hohem Maße aufnahmebe-dürftig; jedoch sind die Waren im Preise soweit überteuert, daß sich Käufer nicht finden können. Die Arbeiter stehen begreiflicher-weise auf dem Standpunkt, daß ihre Löhne nicht das erste sein dürfen, an das gedacht werden kann, wenn eine Verbilligung der Produktion, eine Herabsetzung der Verkaufspreise erwogen werden muß. Es ist auch bei den Verhandlungen von Arbeiterseite der Standpunkt vertreten worden, daß auch die Arbeitgeber die weit-gehendsten Opfer zu bringen haben, um der bestehenden und event-lich noch verschärfenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Der Tarifvertrag müsse unter allen Umständen auch in der ungünstig-sten Periode zu erhalten gesucht werden, weil das im Interesse der Industrie eine Notwendigkeit sei. Jeder Teilnehmer an den Verhandlungen wird den Eindruck gewonnen haben, daß auf beiden Seiten der ernsthafte Wille vorhanden war, den Weg für weitere gemeinsame Arbeit frei zu halten.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentralen der Arbeiter und Angestellten.

Nachdem die Zentralkomitees des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestell-tenverbände bereits am 20. Mai d. J. auf Grund des Betriebs-rätegesetzes gewählten Betriebsräte aufgerufen hatten, ihren Zu-sammenschluß innerhalb der Gewerkschaften zu vollziehen, werden nunmehr für das Zusammenwirken der freien Gewerkschaften mit den Betriebsräten folgende Richtlinien veröffentlicht:

Richtlinien

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G.-B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Ange-stelltenräte.

I. Zweck des Zusammenschlusses.

1. Zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben werden die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß des A. D. G.-B. und dem Kartell der Afa in einer

Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale der Arbeiter und Angestellten zusammengefaßt.

II. Gliederung.

a) Industriegruppen: Die Ortsausschüsse des A. D. G.-B. und der Afa berufen die Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit. Zu diesem Zweck werden Gruppen gebildet. Maßgebend für die Einreihung in die Gruppen ist nicht der Beruf, sondern lediglich die Zugehörigkeit zum betreffenden Betrieb. Jede Gruppe führt eine besondere Legitimationskarte.

Gehört zur Gruppe	Farbe der Legitimationskarte:
1 Bank-, Verkehr- und Handels-gewerbe	ziegelrot
2 Bergbau- und Hüttenindustrie	grün
3 Bekleidungs- und Textilindustrie	gelb
4 Eisen- und Stahlindustrie	blau
5 Freie Berufe	rot mit grünem Strich
6 Graphische Kunst- und Papier-industrie	rot mit gelbem Strich
7 Holzindustrie	rot mit blauem Strich
8 Landwirtschaft	gelb mit rotem Strich
9 Lebensmittel- und Genussmittel-industrie	gelb mit grünem Strich

Gehört zur Gruppe	Farbe der Legitimationskarte:
10 Lederindustrie	gelb mit blauem Strich
11 Metallindustrie	grün mit rotem Strich
12 Staatliche und kommunale Behörden und Institute	grün mit gelbem Strich
13 Verkehr	grün mit blauem Strich
14 Bergbau, Hütten und Salinen	blau mit rotem Strich
15 Sozialversicherung	blau mit gelbem Strich

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen ergibt sich aus der Anlage.

Ist an einzelnen Orten die eine oder andere Gruppe nur in geringer Zahl vertreten, können sich ihre Angehörigen einer be-wandten Gruppe anschließen. Neben den Hauptgruppen können auf Beschluß der Vollversammlung der betreffenden Industriegruppen Untergruppen gebildet werden.

Alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebs-ratsmitglieder haben sich sofort nach erfolgter Wahl bei dem Orts-ausschuß des A. D. G.-B. und der Afa zu melden, wo sie ihre Le-gitimationskarte erhalten.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die Vol-lversammlung. Sie entscheidet in ihrer ersten Zu-sammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mit-glieder der Betriebsräte teilnehmen sollen oder ob ein Delegierten-system eingeführt wird.

b) Gruppenrat: Zur Wahl eines Gruppenrates werden von den Ortsausschüssen des A. D. G.-B. und der Afa die gewähl-ten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenbe-rufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, dem von Arbeiter- und Angestelltenseite mindestens je zwei Personen ange-hören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften an, die an der be-treffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) Generalversammlung der Betriebsräte: Die Generalversammlung aller am Orte befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G.-B. und dem Orts-kartell der Afa einberufen, später vom Zentralrat. Die General-versammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G.-B., den Ortskartellen der Afa und deren Sekretären.

d) Zentralrat: Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu treten die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G.-B. und des Ortskartells der Afa sowie ihre Sekretäre.

Wenn der Zentralrat die Anstellung von besonderen Sekre-tären für nötig erachtet, so ist dazu die Zustimmung des Ortsaus-schusses des A. D. G.-B. und des Ortskartells der Afa erforderlich.

e) Vollzugsrat: Der Zentralrat wählt aus seiner Mitte fünf Personen in den Vollzugsrat, von denen mindestens zwei Ar-better und zwei Angestellte sein müssen. Weitere fünf Mitglieder des Vollzugsrats werden, nach Uebereinkunft der Beteiligten, vom Ortsausschuß des A. D. G.-B. und vom Ortskartell der Afa gewählt.

III. Aufgaben.

a) Gruppenrat und Gruppenvollversamm-lung: Der Gruppenrat führt die Geschäfte der Industriegruppe auf Grund der Beschlüsse der Vollversammlung. Diese soll vor allem mit Unterstützung der Betriebsräte das Material aus den einzelnen Betrieben sammeln, um so den erforderlichen Ueberblick über das ganze Gebiet einer Industrie zu gewinnen.

Die Gruppenorgane befassen sich mit wirtschaftlichen Fragen ihres Gewerbebezuges. Soweit es sich dabei um gewerkschaftliche Aktionen handelt, bleiben die sahrungsgemäßen Befugnisse der Ge-werkschaften bestehen.

b) Generalversammlung der Betriebsräte: Alle wirtschaftlichen Fragen, die mehrere Gruppen oder die gesamte Arbeitnehmerchaft berühren, fallen in das Aufgabengebiet der Generalversammlung. Diese stellt ferner gemeinsam mit den Gewerkschaften Richtlinien für die örtliche Tätigkeit der Betriebs-räte auf.

c) Zentralrat: Der Zentralrat ist der Beirat des Vollzugsrates. In technisch-organisatorischen Fragen entscheidet er selbständig.

d) Vollzugsrat: Der Vollzugsrat ist das ausführende Organ der Generalversammlung der Betriebsräte. Er bereitet die Versammlungen vor und führt ihre Beschlüsse aus.

IV. Arbeiter- und Angestelltenräte.

Die Arbeiter- und Angestelltenräte können innerhalb der Industriegruppen getrennte Vollversammlungen abhalten, die

besonderen sozialen Fragen oder Aktionen der Arbeiter oder Angestellten befassen. Die Einberufung erfolgt durch die Arbeiter- und Angestelltenmitglieder des Gruppenrates im Einvernehmen mit den beteiligten freien Gewerkschaften. Wirtschaftliche Fragen können nur in den gemeinsamen Vollversammlungen der Arbeiter und Angestellten behandelt werden.

V. Wahlen.

Die Wahlen zu den erwähnten Körperschaften erfolgen nach dem Verhältniswahlssystem. Wird ein Delegiertensystem eingeführt, so müssen mindestens ein Drittel der Delegierten Angestellte der Arbeiter sein. Für die Generalversammlung der Betriebsräte muß jede Industrie-Gruppe durch mindestens 5 Delegierte vertreten sein, von denen je 2 Arbeiter oder Angestellte sein müssen. Wählbar sind nur Personen, die mindestens seit einem Jahr Mitglied einer dem A. D. G.-B. oder der Afa angeschlossenen Gewerkschaft sind.

VI. Betriebsobleute.

Die Betriebsobleute der Kleinbetriebe (§ 2 des B. A. G.) sind in der Vertretungsbefugnis den Betriebsrätern gleichzustellen.

VII. Finanzierung.

Die Kosten werden vom Ortsausschuß des A. D. G.-B. und dem Ortskartell der Afa entsprechend ihren Mitgliederzahlen gemeinsam getragen. Es kann zu diesem Zweck eine Umlage erhoben werden.

Weitere Auskünfte über die Zusammenfassung und Tätigkeit der Betriebsräte erteilt die

Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte

in Berlin, Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelshof 15, IV. (E. Legien.)

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

E. Legien.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Aufhäuser. Urban. Klinge.

Anhang.

Erläuterung zur Gruppeneinteilung.

- Gruppe I. Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe.
- Gruppe II. Baugewerbe und Steinindustrie: Ziegelei-, Ton- und Steingutfabrikation (Zahn-, Tongrößereien, Herstellung von sonstigem Steinzeug, Töpfereien), Kalkstein, Zementwaren, Gips, Marmor, Stein-, Schieferbrüche (Verfertigung grober Steinwaren), Glasfabrikation (Glashütten, Glasbläser, Spiegelglas, Spiegelfabrikation, Nippeschalen aus Stein, Ton, Porzellan, Glas und Marmor), Hoch- und Tiefbau, Straßen-, Kanal- und Wasserbau.
- Gruppe III. Bekleidungs- und Textilindustrie.
- Gruppe IV. Chemische Industrie.
- Gruppe V. Freie Berufe.
- Gruppe VI. Graphisches Gewerbe und Papierindustrie.
- Gruppe VII. Holzindustrie.
- Gruppe VIII. Landwirtschaft.
- Gruppe IX. Lebens- und Genussmittelindustrie.
- Gruppe X. Lederindustrie.
- Gruppe XI. Metallindustrie.
- Gruppe XII. Staatliche und kommunale Behörden und Institute.
- Gruppe XIII. Verkehr.
- Gruppe XIV. Bergbau, Salinen und Salinen.
- Gruppe XV. Sozialversicherung.

Hohe Verbrauchssteuern, niedrige Besitzsteuern.

Von Dr. Rucznicki, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg. In seiner Rede vom 3. Dez. 1919 in der Nationalversammlung erklärte der damalige Reichsfinanzminister Erzberger: „Wenn man die sozialen Differenzierungen im Aufbau des indirekten Steuersystems berücksichtigt, d. h. wenn man berücksichtigt, was auch die reichen Leute an indirekten Steuern zahlen müssen, so wird man ohne Übertreibung sagen können, daß 75 Proz. des gesamten riesigen Steuerbedarfs durch direkte Steuern oder solche indirekten Steuern aufgebracht werden, die größtenteils von den besserstehenden Kreisen des Volkes getragen werden. Das ist eine Verteilung der Steuerlast, die sich sozial wohl sehen lassen kann. Bei der Verteilung der Steuerlast hat mich stets der Grundsatz geleitet: Die Reform muß gerade wegen des gewaltigen Steuerdrucks getragen werden von sozialem Geiste. Nur dann kann man sich mit den großen Steuern innerlich abfinden, nur dann wird auch die Gesamtlast der Steuern getragen werden können, wenn ein

jeder nach dem Maßstabe seiner Leistungsfähigkeit daran mitzutragen hat.“

Ich habe damals, am 15. Dezember, in einem Vortrag in der „Deutschen Gesellschaft“ (vgl. Rucznicki: Ein Reichsfinanzprogramm für 1920, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen) die zahllosen Denk- und Rechenfehler in der Aufstellung Erzbergers festgestellt und habe nun die traurige Genugtuung, daß auch der neue Reichsfinanzminister Wirth in seiner Einführungsrede vom 27. April die Berechnungen Erzbergers preisgegeben hat. Eine Gegenüberstellung der Schätzungen der beiden Minister ergibt nämlich folgende Einnahmen für das Reich:

	nach Erzberger Millionen	nach Wirth Millionen
Reichsnotopfer	2860	2250
Erbchaftsteuer	580	500
Einkommensteuer	3500	2100
Kapitalertragssteuer	1400	1300
Umsatzsteuer	3400	3100
Rohlensteuer	2000	4500
Zölle	1500	2500

Aus den 8340 Millionen, die Erzberger für Reichsnotopfer, Erbschaftsteuer, Einkommensteuer und Kapitalertragssteuer angesetzt hatte, sind bei Wirth 6150 Millionen geworden; umgekehrt rechnet Wirth für Umsatzsteuer, Rohlensteuer und Zölle 10 100 Millionen, während Erzberger 6900 Millionen eingestellt hatte. Bei Erzberger 60 Proz. für Besitzsteuern und 40 Proz. für Verbrauchssteuern, bei Wirth 40 Proz. für Besitzsteuern und 60 Proz. für Verbrauchssteuern!

Aber auch Wirth überschätzt noch gewaltig die künftigen Einnahmen des Reichs aus Besitzsteuern. Den Denkfehler, den Erzberger beging, indem er als Jahresertrag des Reichsnotopfers nicht nur 2520 Millionen Mark Zinsen, sondern darüber hinaus 610 Millionen Mark Tilgung buchte, hat Wirth zwar berichtigt; aber nach meiner wunschlosen Schätzung kann das Reichsnotopfer nur jährlich 1250 Millionen, also 1 Milliarde weniger bringen. Aus der Erbschaftsteuer erwarte ich für das Reich nur 450 Millionen (Erzberger 580, Wirth 500 Millionen), aus der Kapitalertragssteuer höchstens 1150 Millionen (Erzberger 1400, Wirth 1300 Millionen). Vor allem aber wird die Einkommensteuer eine große Enttäuschung bringen. Sie kann selbst unter der phantastischen Voraussetzung Erzbergers, daß für 1920 — nach Abzug von Kriegsgewinnsteuern, Reichsnotopfer und Kapitalertragssteuer — ein doppelt so großes Gesamteinkommen veranlagt würde, wie für 1918, höchstens 6½ Milliarden bringen. Wirth bucht nun davon 2,1 Milliarden für das Reich, indem er sich auf § 17 des Landessteuergesetzes stützt, wonach dem Reiche ein Drittel des Ertrages der Einkommensteuer zusteht. Er übersieht aber dabei, daß nach § 56 desselben Gesetzes der Anteil der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer mindestens um 25 Proz. höher sein muß als ihre Einnahmen aus Einkommen- und Vermögenssteuern im Rechnungsjahr 1919. Dementsprechend hat Preußen in seinen Staatshaushaltsplan für 1920 als seinen Anteil an der Reichseinkommensteuer 2154 Millionen eingelegt. Das würde für sämtliche Länder rund 3½ Milliarden und, wenn man für die Gemeinden nur den gleichen Betrag einstellt, für Länder und Gemeinden zusammen rund 7 Milliarden ausmachen. Das Reich würde dann ganz leer ausgehen und könnte noch froh sein, wenn es nicht auf Grund des § 56 des Landessteuergesetzes den Ländern und Gemeinden etwas herauszahlen müßte. Es wird eben offenbar immer wieder übersehen, daß die neue Einkommensteuer für die meisten Steuerpflichtigen eine Entlastung bedeutet. In Gemeinden z. B., die 1919 bei voller Ausnutzung der Staatssteuerzuschläge von 1916 einen Einkommensteuerzuschlag von 300 Prozent erhoben haben, hat künftig ein Lediger weniger Einkommensteuer zu zahlen als bisher, wenn er ein Einkommen unter 41 000 M. hat, ein Verheirateter mit 5 Kindern, wenn er ein Einkommen unter 124 000 M. hat.

So ist denn leider auch heute noch das Kennzeichen des Steuersystems im Reiche: hohe Verbrauchssteuern, niedrige Besitzsteuern. Die erste Tat des neuen Reichstags muß es sein, hier Wandel zu schaffen. Ich schlage vor:

1. eine große einmalige Vermögensabgabe als Ersatz für das schwächliche Reichsnotopfer;
 2. ein Pflichtteilsrecht des Reichs für den Fall, daß ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt;
 3. eine schärfere Progression in der Einkommensteuer;
 4. eine kombinierte Aufwand- und Vermögenszuwachssteuer.
- Das mag keine sehr zugkräftige Wahlparole sein; aber es ist besser, als den Kopf in den Sand zu stecken.

Und noch einmal die Händlerpresse.

In ihrer Nr. 22 beschäftigt sich „Die Porzellan- und Glas-handlung“, das Händlerorgan, noch einmal mit der letzten Erhöhung der Verkaufspreise für Porzellan- und Glasgeschirr und widmet dabei auch der „Ameise“ einige „leerreiche“ Ausführungen. Vorher wird darüber Klage geführt, daß die Porzellanfabriken kein weißes, sondern nur das teure deforierte Porzellan abgeben. Natürlich sind daran — wie sich das bei dem Händlerblatt am Rande versteht — auch wieder die Arbeiter schuld. Letztere sollen aus falsch verstandenem Solidaritätsgefühl verlangt haben, daß auch die Malerkollegen beschäftigt werden. Daß die Betriebe gezwungen waren, Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte wieder einzustellen, daß unter diesen auch Porzellanmaler usw. sich befanden, das braucht die Schriftleitung des Händlerblattes nicht zu wissen. Wiederum erteilt das Händlerblatt den Arbeitern die Lehre, sie mögen sich darauf besinnen, daß die Zeit des Luxus in Deutschland vorbei sei, daß es sich empfiehlt, wieder weißes Geschirr herzustellen. Wir meinen, daß die Porzellanarbeiter sich schon selbst einen Schulmeister suchen werden, wenn sie einen brauchen sollten, daß sie sich in solchem Fall aber nicht den Schriftleiter der Händlerzeitung aussuchen würden, können wir diesem schon heute versichern.

Zu unseren Ausführungen in der Nr. 21 der „Ameise“ ist der gelehrte Herr Doktor begreiflicherweise sehr ungehalten. Er sagt:

„Eine sachliche Polemik ist immer belehrend; sie kann sogar, wenn sie mit nur etwas Geist und Witze geführt wird, auch auf die beiderseitige Leserschaft amüsant wirken. Was aber die „Ameise“ in ihren Artikeln zum besten gibt, ist die öde Schimpfkanonade eines geistesarmen Proleten, auf die sich ein sachliches Eingehen von vornherein aus Keilheitsgefühl verbietet.“

In diesen wenigen Zeilen schon können unsere Leser den Unterschied erkennen zwischen der Schimpfkanonade eines geistesarmen „Proleten“ und der mit „Geist und Witze“ ausgestatteten „sachlichen Polemik“ eines akademisch gebildeten Bourgeois von hervorragender geistiger Bedeutung. Mit seinem immensen geistigen Reichtum prokt das Doktorchen in folgenden Sätzen:

„Sachlich konnte die „Ameise“ auf unsere Äußerungen, namentlich über das vollkommene zweifelhafte Steigen der Löhne nichts, aber auch rein gar nichts erwidern. Der Verfasser des Artikels beschränkt sich darauf, auszumalen, wie schön alles sein wird — wenn erst einmal der Sozialismus und die Gefilde der Seligen eröffnet haben wird. Schade, daß die Menschheit bisher noch nie und nirgends die Probe aufs Exempel hat machen können. Die Volksherrschaft in Rußland, das im Gegensatz zu Deutschland vorwiegend Agrarland ist und die Folgen solcher Vivisektion leichter ertragen kann, hat auch bisher, wie auch den geistigen Leuchten der „Ameise“ bekannt sein sollte, nur rein negierend und zerstörend gewirkt.“

Obwohl überflüssig, wollen wir doch besonders hervorheben, daß wir gar keine Reigung haben, uns mit dem Händlerblatt herumzuschlagen. Das Blatt mag sonst schreiben, was es will, mag die Interessen der Händler wahren, wie immer es will, darum haben wir uns niemals gekümmert und tun dies auch fernerhin nicht. Sofern sich das Blatt aber wieder Beschimpfungen der Arbeiter herausnehmen sollte, dann werden wir es auf die Finger klopfen. Was die Arbeiter brauchen, wie sie ihre Interessen wahrzunehmen haben, werden sie sich niemals vom Händlerblatt vor-schreiben lassen. Daß es von Arbeiterfragen nichts versteht, haben wir ihm schon einmal gesagt. Die neueste Epistel seines Schriftleiters scheint zu dem Zweck verfaßt worden zu sein, diese unsere Behauptung noch einmal unterstreichen zu wollen.

Wir haben in Nr. 21 der „Ameise“ die geistreichen Ausführungen des Händlerblattes unseren Darlegungen vorangestellt und können unseren Lesern getroßt das Urteil überlassen.

Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine

Die während der Kriegszeit leider zum Schaden der Verbraucher in weitem Maß aus der Bedarfsdeckungswirtschaft ausgeschaltet war, wurde im Jahre 1919 wiederum einigermaßen in den Stand gesetzt, ihre gewohnte Tätigkeit aufzunehmen. Trotz der in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten gelang es, ihren Großbetrieb und seine einzelnen Zweige wieder zu beleben. Das geht vor allem aus der Steigerung des Warenumsatzes von 104 500 972 M. auf 352 698 075 M. hervor, in der nicht nur die Preiserhöhungen, sondern auch die Vermehrung der zur Verfügung stehenden Warenarten und Warenmengen

zum Ausdruck kommen. Das Wachstum hat im Laufe des Jahres angehalten und sich verstärkt. In den ersten drei Monaten betrug der Gesamtumsatz bereits 241 229 235 M. Die Lage konnte wenigstens teilweise ihrem eigentlichen Zweck wieder dienlich gemacht werden. In Mainz wurde eine Zweigniederlassung errichtet. Die Errichtung eines Lagers in Stuttgart geht der Wirklichkeit entgegen. Auch die Betätigung der 50 Einkaufsgemeinschaften, denen 983 Vereine angeschlossen sind, war eine Erfolgsgeschichte. Der Umsatz stieg von 8 auf 36 Millionen Mark gegen 58 Millionen Mark im letzten Friedensjahre. Von genossenschaftlichen Organisationen konnte für rund 13 600 000 M. Waren bezogen werden. Die Produktionsbetriebe der Gesellschaft litten zum Teil sehr unter dem Mangel an Rohstoffen. Die Zigarrenfabriken in Hamborn, Godenheim und Frankenberg stellten Waren im Werte von 2 312 600 M., die Kautabakfabrik Nordhausen im Werte von 720 200 M., die Seifenfabrik Gröba im Werte von 9 610 700 M., die Seifenfabrik Düsseldorf im Werte von 3 679 300 M. her. Die Aufhebung des Seifenmonopols bisher leider abgelehnt, besteht die betrieblische Tatsache, daß die organisierten Verbraucher-mustergültig eingerichtete Seifenfabriken besitzen, die sie nicht ausnützen können und deren Erzeugnisse in erheblichem Umfang in private Hände gehen. Der Umsatz der Leigwarenfabrik in Gröba, die lediglich für die amtliche Rationierung arbeitete, stieg auf 4 337 100 M., der der Zündholzfabrik Lauenburg auf 1 233 700 M., der der Ristenfabrik Gröba auf 905 800 M., der der Mischfabrik Gröba auf 390 200 M., der der Gewürzmühle Hamborn auf 2 617 000 M. Die Zuderwaren- und Schokoladenfabrik Altona stellte Waren im Werte von 1 471 250 M. her. Im letzten Friedensjahre konnte die Schokoladen- und Kakaofabrikation in kleinerem Umfange wieder aufgenommen werden. Infolge der bestehenden Verordnungen mußte fast die Hälfte der erzeugten Waren an die Privatkundschaft geliefert werden. Die am 1. September 1919 übernommene Bürstenfabrik Schönheide erzielte bei einer bemerkenswerten Steigerung der Beschäftigung 313 000 M. Umsatz, die am 1. Oktober zur Gesellschaft gekommene Holzindustrie Dortmund 745 000 M. Umsatz, während die Weberei und Konfektion Oppach es auf 345 700 M. brachte. Dieser Betrieb konnte im März die Weberei mit 10 Stühlen und die Abteilung Konfektion im Mai mit 35 Maschinen wieder aufnehmen. Der Gesamtumsatz der Fabriken stieg von 19 890 603 M. auf 28 681 534 M. Die Verkaufsabteilung spiegelte in ihrem Ergebnis den Rückgang des Gesamtumsatzes wider. Der Giroverkehrsumsatz stieg von rund 545 Millionen Mark auf 1174 Millionen Mark. Die Gesellschaft beschäftigte in allen Betrieben zusammen 2041 Personen gegen 1120 im Vorjahr. An Gehältern und Löhnen wurden über 7 Millionen Mark gegen reichlich 2 800 000 M. im Vorjahre gezahlt, an Versicherungsbeiträgen 388 200 M. Für Kriegsfürsorge wurden einschließlich der im letzten Jahre gezahlten Summe insgesamt 1 928 250 M. verausgabt. Die Bilanz schließt mit 237 337 649 M. ab. Das Stammkapital beträgt 15 Millionen Mark und soll in der demnächst stattfindenden Generalversammlung auf 20 Millionen Mark erhöht werden. An Reserven sind über 16 Millionen Mark, an sozialen Fonds über 2 1/2 Millionen Mark vorhanden. Der Reingewinn betrug 2 076 954,34 M. Davon werden 200 000 M. dem Pensionsfonds überwiesen, der im verflossenen Jahre auf über 2 Millionen Mark angewachsen war. Auch der Unterstützungsfonds der über 450 000 M. umfaßt, erhält eine Zuweisung. Der Bericht zeigt, daß das Zentralunternehmen der deutschen Konsumvereine sich wieder auf aufsteigender Bahn bewegt und allmählich erneut in die Lage kommt, erfolgreich im Interesse der Konsumvereine zu wirken. Wenn erst die Schranken der Zwangswirtschaft gefallen sind und einigermaßen normale Geschäftsverhältnisse herrschen, wird zweifelhaft dieses Unternehmen weitere große Aufgaben zu lösen berufen und in der Lage sein.

Neubautätigkeit 1920.

Kann der Wohnungsnot im Jahre 1920 durch neue Bauten wirklich abgeholfen werden? So sicher es ist, daß Neubauten das einzige radikale Abhilfsmittel gegen die Wohnungsnot sind, zweifelhaft ist es, ob man in diesem Jahre wirklich dazu greifen können. Das Baukostenzuschußsystem, mit dem man 1919 es ermöglicht hat, daß eine Anzahl Wohnungen zwar zu den teuren Preisen der Gegenwart erbaut, aber zu den billigen Preisen der Vorkriegszeit — oder doch nicht wesentlich höher — vermietet wurden, ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Zwar hat die Reichsregierung auch in diesem Jahre Zuschüsse geworfen, aber selbst mit ihrer Hilfe wird es kaum möglich sein, die kleinste Wohnung, wenn sie in normaler Weise gebaut wird, billiger zu vermieten als um 2500 M. Das geht natürlich nicht an. Nun liegt dem Bürger von heute, der immer gewohnt ist,

Staat als Helfer zu bilden, natürlich nichts näher als der Staat: also müssen die Zuschüsse erhöht werden. Das klingt sehr einfach, ist es aber praktisch möglich? Seit Monaten schweben Erörterungen sowohl in der Regierung, wie in den Kreisen der privaten Wohnungsfachleute, wie man das Problem lösen könne. Am 1. hat im Januar eine große Tagung des Deutschen Wohnungsausschusses über „Wohnungsnot und Wohnungsbau“ diese Fragen eingehend behandelt. — Der Bericht ist inzwischen durch den Deutschen Wohnungsausschuß in Druck gegeben und kann von jeder Geschäftsstelle, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmehlsstr. 4 II, bezogen werden. — Zunächst taucht die Frage auf, wieviel Geld ist für ausreichende Zuschüsse nötig? Man kann da natürlich nur mit Schätzungen kommen. In städtischen Verhältnissen, wo ja die Wohnungsnot am empfindlichsten drückt, müßte man für eine Dreimannwohnung, die man zum üblichen Preise vermieten wollte, heute einen verlorenen Zuschuß von gering gerechnet 5000 M. gezahlen. Vor dem Kriege wurden im Durchschnitt jährlich 10 000 Wohnungen nötig, wenn kein Mangel eintreten sollte. Heute fehlen viel mehr, und dauernd werden noch so viele neue gebaut, daß der nötige jährliche Zuwachs an Wohnungen ohne die, die aus den vergangenen Jahren fehlen — kaum geringer angeschlagen werden kann. Daraus folgt, daß man, nur wenn die Wohnungsnot nicht größer werden zu lassen, wenn man an den jetzigen Mietpreisen festhält, jährlich Zuschüsse von 10 Milliarden Mark brauchen würde. Woher sollen die Mittel kommen? Durch die Zeitungen ist wiederholt die Nachricht gegangen, daß eine Abgabe auf die Mieten der alten Wohnungen diese Mittel aufbringen solle und daß zu dem Zweck eine Mietssteuer geplant sei. Der Gedanke an sich erscheint nicht ungerecht, denn die Wohnungsnot drückt schließlich jeden einzelnen, und die, die das Glück haben, in einer billigen Wohnung warm zu sitzen, haben alle Ursache, dazu beizutragen, daß den unglücklichen Wohnungslosen geholfen wird.

Die Frage, wie hoch die Wohnungsabgabe für diesen Zweck sein müßte, mag offen bleiben; denn selbst wenn es gelingen würde, die ungeheure Summe von 10 Milliarden Mark auf diesem Wege aufzubringen, so würde man die nötigen Wohnungen nicht bauen können, weil außer dem Geld auch die Baustoffe und die Arbeitskräfte fehlen. Mancherlei kann man ja durch „Ersatz“ schaffen, in Lehmhäusern z. B. wohnt sich's gut und warm, aber es läßt sich auch nicht ersehen, vor allem die Arbeiter nicht, und die Baumöglichkeit sind durch diesen Mangel enge Schranken gesetzt.

Auch damit sind die Schwierigkeiten nicht erschöpft. Heute liegen die Verhältnisse so, daß jemand, der Wohnungen bauen will, vor Verlust geschützt zu sein, mindestens 90 Proz. der Baustoffen als Geschenk oder, um es anders zu nennen, als zinsloses Darlehen erhalten muß, und für 10 Proz., von denen er, wie üblich, wiederum den größten Teil durch zinsbare Hypothekendarlehen beschafft, Eigentümer des Neubaus wird. Ohne Zweifel ist das ein wirtschaftlicher Widerspruch. Und dieser Widerspruch wird immer ärger. Einstweilen steigen alle Preise für Baustoffe, Ziegel, Zement, Kalk, Holz und die Arbeitslöhne unaufhaltsam weiter — ins Unergründliche. Die nötige Zuschußsumme wird immer höher und das ganze Verfahren, abgesehen von den phantastisch hohen Geldmitteln, immer widersinniger. Darum muß der Hebel noch an einer anderen Stelle angefaßt werden. Entweder, es gelingt, die Baupreise endlich ein halt zu gebieten, oder die Wohnungsnot wird nicht nur nicht beseitigt, sondern wird immer schlimmer. Viel läßt sich da sicher durch eine andere Baustoffwirtschaft erreichen, viel auch durch „Selbsthilfe“. Wer sich ansiedeln will, muß es bequemen, selbst mit Hand anzulegen. Auch das ist zu beachten, daß die neuen Häuser möglichst da errichtet werden, wo das Bauen billig ist, in ländlichen Verhältnissen.

Die Schwierigkeiten, die sich der Neubautätigkeit von allen Seiten entgegenstellen, sind so ungeheuerlich und so vielfältig, daß die Aussichten, bald einen Ausweg aus der Wohnungsnot zu finden, als recht gering bezeichnet werden müssen. Um so dringender notwendig ist es aber, daß alle Mittel angewandt werden, die Neubauten möglich machen, und daß alle beteiligten Kreise nicht auflassen, die Wege zu suchen und die Grundlagen schaffen zu helfen, um eine gesunde neue Bautätigkeit bedarf.

Aus unserem Verne.

Vereinbarung zwischen dem Verband der Emailer-Groß-Berlin einerseits, dem Metallarbeiter- und dem Porzellanarbeiterverband andererseits. Brenner, Aufträger, Schmelzer 35 M., Male., Lithographen, Drucker, Schablonierer 5,35 M., Schabloniererin nach dreimonatlicher Lehrzeit 2,95 M., Füll-

lerinnen nach dreimonatlicher Lehrzeit 2,80 M., Stempferinnen, Abrollerinnen nach dreimonatlicher Lehrzeit 2,65 M. pro Stunde.

Einstellungslohn für die letzten 3 Gruppen 20 Pf. weniger. Für Arbeiten an Sonn- und Festtagen, sowie für Überstunden, welche aus technischen Gründen erforderlich sind, werden 25 Proz. vergütet.

Karfreitag, Himmelfahrtstag und Bußtag gelten als gewöhnliche Arbeitstage.

Für Verheiratete wird eine Feuerungszulage gewährt, und zwar für die Frau 6 M., für jedes Kind 12 M. pro Woche.

Für Nachtarbeit und die Sonntagsanheischicht erfolgt für Brenner, Aufträger und Schmelzer eine Zulage von 35 Pf. pro Stunde (Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh).

Auszug aus dem Manteltarif.

Die regelmäßige reine Arbeitszeit beträgt in der Woche 46½ Stunde.

Überstunden und Sonntagsarbeit ist nur in dringenden Fällen zulässig.

Über die Notwendigkeit, Überstunden und Sonntagsarbeit zu leisten, ist eine Regelung zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsobmann bzw. Arbeiterrat herbeizuführen.

Als Sonntagsarbeit gilt jede Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, außer Anheizen. Maßgebend ist die Zeit von Sonnabend, 12 Uhr nachts bis zum Sonntag, 12 Uhr nachts, ausschließlich der normalen Nachtschicht.

Jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin ist folgender Urlaub zu gewähren:

nach 1 jähriger Tätigkeit bei der Firma 3 Arbeitstage

" 2 " " " " " 4 "

" 3 " " " " " 5 "

" 4 " " " " " und darüber 6 "

Die Zeit des Urlaubs ist vom Arbeitgeber mit dem Arbeiterrat zu regeln.

Militärische Dienstleistungen, Krankheit, Streiks und Aussperrungen gelten nicht als Unterbrechung für die Urlaubsberechnung.

Der Beurlaubte erhält bei Antritt des Urlaubs seinen vollen Lohn für die betreffenden Urlaubstage.

Wird ein Arbeitnehmer, der Anspruch auf Urlaub hat, vor Inanspruchnahme des Urlaubs aus Arbeitsmangel entlassen, so muß der Urlaub abgegolten werden unter Berechnung der 46½stündigen Arbeitszeit.

Tritt ein Arbeitnehmer wieder in einen Betrieb, in dem er schon früher beschäftigt war, in Arbeit, so wird ihm die frühere Dauer der Arbeitstätigkeit bei der Bemessung des Urlaubs angerechnet, wenn der damalige Austritt auf Veranlassung der Firma erfolgt ist.

Betreffs des Urlaubs ist der 3. Mai als Stichtag vereinbart.

Das Mantelabkommen gilt vom 3. Mai 1920 bis zum 2. Mai 1921 und kann dann jederzeit mit 14tägiger Kündigungsfrist von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt werden.

Das Lohnabkommen läuft vom 3. Mai 1920 bis 3. Juli 1920 und ist von da ab täglich mit 14 Tagen kündbar.

Schildermaler Groß-Berlins! Ich erfülle eine traurige Pflicht, wenn ich Euch auf diesem Wege wiederholt Vorhaltungen machen muß. Ehe ich weitererschreibe, will ich Euch sagen, daß Ihr neben den Euch als Verbandsmitglieder zustehenden Rechten auch Pflichten zu erfüllen habt. Das vergeßt nicht. Und eine heilige Pflicht ist es, dem in einer Branchenversammlung gefaßten Beschluß nachzukommen.

In der außerordentlichen Branchenversammlung am 8. April 1920 haben die arbeitenden Kollegen beschlossen, für die Ausgesperrten 10 M. pro Woche abzugeben. Es kommt nach der Dauer der Aussperrung eine einmalige Abgabe von 10 M. in Frage. Es ist nun festgestellt worden, daß nicht die Hälfte der arbeitenden Kollegen diese 10 M. bezahlt hat. Warum? Ich gebe zu, daß ein großer Teil der Kollegen bisher nichts von dem Beschluß erfahren hat, eben darum, weil er nie eine Versammlung besucht oder auch aus triftigen Gründen ab und zu einer Versammlung fernbleibt. Auch die Kollegen, die da denken, eine dauernde Stellung zu haben, werden einmal unsere Extra-Gratifikationen in Anspruch nehmen müssen. Darum fordere ich Euch auf, Kollegen: „Zählt, was Ihr als rechte Kollegen zahlen müßt!“

In der Branchenversammlung am 4. Mai 1920 haben die Kollegen durchgreifende Maßnahmen zur Einziehung der beschlossenen Abgaben gefordert. Ich bitte daher alle Kollegen, von dem Beschluß Kenntnis zu nehmen und ungekündet ihrer Pflicht nachzukommen. Der Beitrag kommt noch nicht zu spät. Er wird, allerdings in anderer Form, allen Kollegen zugute kommen, die in Zukunft an einem Streik beteiligt sind. Wir haben beschlossen, den überschüssigen Betrag aus dieser Sammlung, bis heute 350 M.

der neu zu gründenden „Unterstützungs-kasse der Schilder-maler für Streikfälle“ als Stammkapital zu überweisen.

Ich erwarte, daß alle Kollegen, auch die, die auf Grund irriger Annahmen nur 5 M. gezahlt haben, die 10 M. bis zum 1. Juli 1920 an Kollegen Apel gezahlt haben. Anderenfalls sind wir gezwungen, wie gefordert, schärfere Maßnahmen zu ergreifen.

Ganze Arbeit wollen wir tun und dazu brauchen wir ganze Kollegen!

Artur Brauer.

Dresden. Die Gewerbelammer Dresden gibt bekannt: Zur Abnahme der Gesellenprüfung im Porzellanmalergewerbe haben wir für unseren Kammerbezirk — die Kreishauptmannschaft Dresden — einen Prüfungsausschuß errichtet und zum Vorsitzenden Herrn Porzellanmaler Oskar Schade in Dresden-A., Schäferstr. 42, ernannt.

Im Anschluß an obige im „Sächsischen Innungsboten“ erfolgte Bekanntmachung gibt der Prüfungsausschuß bekannt, daß Anmeldungen zur Prüfung für dieses Jahr umgehend an die Gewerbelammer Dresden, Grunerstr. 50, einzuschicken sind. Beigefügt müssen werden nach § 7 der Prüfungsordnung: Lebenslauf, Schreibezeugnis, Schulzeugnisse, Prüfungsgebühr, Vorschläge des Gesellenstückes.

Der Prüfungsausschuß ist zuständig für die in der Kreishauptmannschaft Dresden aufhältlichen Porzellanmaler.

Kommende Prüfungen erfolgen jedes Jahr im April nach vorhergehender Bekanntgabe.

Der Prüfungsausschuß für das Porzellanmalergewerbe.

Oskar Schade, Vorsitzender.

München. Die Differenzen bei der Firma Schloßnig (Glas-malerei) sind durch Verhandlungen beigelegt. Es wurde eine Lohnerhöhung von 50 Proz. und Ferien bis 6 Tage nach zweijähriger Beschäftigung zugestanden.

Forsgrund (Norwegen). Die Arbeiterschaft der Porzellanfabrik Forsgrund in Norwegen tritt wegen Lohndifferenzen am 8. Juni in den Streik, wenn es nicht noch in letzter Minute gelingen sollte, eine Einigung herbeizuführen. Sollte das letztere der Fall werden, wollen uns die Forsgrunder Kollegen entsprechende Nachricht geben. Weil damit zu rechnen ist, daß sich die Firma wegen Erlangung von Ersatzkräften nach Deutschland wendet, warnen wir unsere Kollegen hiermit vor Arbeitsannahme nach dort. Die Solidarität ist unter allen Umständen hochzuhalten. Kein Kollege darf Arbeit in Forsgrund annehmen, so lange wir nicht in der Lage sind, berichten zu können, daß die Differenzen beigelegt sind.

Steinwiesen. Die Brenner der hiesigen Porzellanfabrik schließen sich voll und ganz dem Verlangen der Brenner des Kreises Sonneberg nach einer Ernährungszulage an. Die jetzigen Lebensmittelrationen sind für die Brenner völlig unzureichend. Ein Brenner ist 1. der ständigen Hitze ausgesetzt, so daß ihm der Schweiß aus allen Poren getrieben und somit das bishigen Kraft und Saft, das er noch in sich hat, herausgesogen wird; 2. muß er öfters 30 bis 35 Stunden hintereinander arbeiten und dabei die schwerste Arbeit verrichten, so daß er manchmal nahe daran ist, umzufallen; 3. entbehrt er sehr oft die den Körper stützende notwendige Nachtruhe. In Anbetracht dieser Tatsachen ist es eine dringende Notwendigkeit, dem Verlangen Rechnung zu tragen. Es ist daher Pflicht aller Brenner im Reiche, ganz gleich, welcher Organisation sie angehören, sich in diesem Punkt zusammenzuschließen zur Wahrung ihrer besonderen Interessen. Es ist auch Pflicht der Arbeitgeber, sich diesem Punkt anzuschließen zur Erhaltung ihrer notwendigsten Arbeitskräfte. Und nicht zuletzt muß der Staat selbst das größte Interesse daran haben, daß in Anbetracht des Tiefstandes unseres Wirtschaftslebens der Industrie die besten Kräfte erhalten bleiben. Das kann aber nur geschehen, wenn ihnen die nötigen Lebensmittel zugewiesen werden. Geschieht das nicht, so sehen sich die Brenner veranlaßt, ihre Arbeitszeit zu reduzieren auf 8 Stunden pro Tag, was gleichbedeutend wäre mit einem Rückgang der Produktion. Wir verlangen deshalb ausdrücklich von unserem Hauptvorstand, daß er diesbezügliche Schritte unternimmt. Im Auftrag der Brenner der hiesigen Porzellanfabrik.

• • • Weisel • • •

Wolfsfeld. Am 1. Juni verschied nach kurzen, schweren Leiden unser lieber und langjähriger Kollege und Verbandskassierer Otto Weisel. Wir betrachten an ihm zu früh Geschiedenen einen aufrichtigen, von Idealismus getragenen Kollegen von edlem Charakter, der für das Wohl seiner Verbandsmitglieder wie für die Organisation jederzeit zur Verfügung stand.

In ihm verliert nicht nur seine Familie den treusorgenden Vater, die schwergeprüften Eltern in kurzer Zeit den vierten Sohn

(drei fielen im Kriege), sondern auch unsere Zahlstelle ihren losen Förderer.

Sein Heimgang ist um so bedauerlicher, da er durch das Trauen des hiesigen Bezirks auf den Posten eines Lokalbeamten berufen wurde, den er nun leider nicht antreten konnte.

Wir werden sein Andenken über das Grab hinaus stets ehren halten.

Wolfsfeld, den 2. Juni 1920.

Verband der Porzellanarbeiter. Zahlstelle Wolfsfeld.

Anmerkung der Schriftleitung: Den bewegten Worten der Zahlstelle Wolfsfeld über den schweren Verlust, der sie betraf, schließen wir uns an. Nicht nur die Zahlstelle Wolfsfeld, sondern die Gesamtorganisation hat einen ihrer Besten verloren. Ein grausamer Tod hat gerade in schwerer Zeit, in der wir alle so notwendig brauchen, einen der eifrigsten Förderer unserer Sache dahingerafft. Noch in den besten Mannesjahren stehend, war ihm noch eine segensreiche Tätigkeit, insbesondere auf dem antwortungsvollen Posten eines Angestellten zu erwarten. Sein Wirken für unseren Verband weit über die Grenzen der Zahlstelle W. hinaus gewürdigt wurde, bewies die Tatsache, daß die letzte Verbandsgeneralversammlung in Marktredwitz den mehr Verbliebenen zu ihrem Vorsitzenden wählte. In diesem Sinne weiter arbeiten, ist die beste Ehrung, die wir unserem verstorbenen Freund und Kollegen erweisen können.

Wesel. Die hiesigen Kollegen hatten anfangs Mai, der entsprechend, eine neue Lohnforderung eingereicht. Der Leiter des Werkes, Herr Dr. Greifenhagen, vertröstete uns bis zum 17. Mai, da dann der Generaldirektor anwesend sei und näheres über die Verhandlungen in Leipzig über den neuen Reichstarif mitbringen würde. Der Generaldirektor erschien auch, aber wer gedacht hätte, daß der Herr mit den Arbeitern oder dem Betriebsrat verhandeln würde, der hatte sich getäuscht. Derselbe dampfte wieder ab, und sich im geringsten um die neue Lohnforderung zu kümmern. Der schlug natürlich dem Faß den Boden aus; denn darauf legten am 20. Mai die Seher und Brenner geschlossen die Arbeit nieder. Dienstag, den 25. Mai, war Kollege Jahn hier, und erzielte einige Zugeständnisse. Es wurde beschlossen, die Arbeit am 26. Mai wieder aufzunehmen. Wir können sagen, daß die Arbeiter namentlich die Altkollegen, in keiner Weise zufrieden sind, werden wir wohl bei Gelegenheit noch einmal ein kräftiges Wort zu reden haben. Dem Kollegen Jahn unseren besten Dank. Wir haben Kollegen Jahn als einen sehr fachkundigen Kollegen kennen gelernt. Dann ist hier auf dem Werke ein junger Mann als Betriebsleiter tätig. Dieser junge Mann sucht den Arbeitern das Leben auf jede Art und Weise zu erschweren. Einmal ist er schon an die richtige Adresse gekommen. Dieser junge Herr hat auch schon renommieren, daß die Lebensmittel billiger würden, namentlich Salat. Danach zu urteilen, scheint der Salat das beste Nahrungsmittel zu sein. Die hiesigen Kollegen haben jedenfalls gesehen, daß uns nur ein fester Zusammenschluß vorwärts bringen kann. Darum fordern wir die Kollegen auf, sich nur derjenigen Organisation anzuschließen, die voll und ganz ihre Interessen vertritt, und das kann nur der Verband der deutschen Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen sein.

• Vermischtes •

Steigende Leistungen der Volksfürsorge. Während der Volksfürsorge im Jahre 1919 896 Sterbefälle mit der vollen Versicherungssumme zu verzeichnen hatte, wofür sie 269 654 M. Versicherungssumme auszahlte, hatte sie bereits im ersten Vierteljahr 1920 299 Sterbefälle mit 111 780 M. Versicherungssumme von waren 1919 38 Unfälle im ersten Versicherungsjahre 750 M. Prämieinnahme und 24 792 M. Versicherungssumme oder pro Unfall 19,74 M. Einnahme und 652,42 M. Ausgabe. Im ersten Vierteljahr zahlte sie für 18 Unfälle im ersten Versicherungsjahre bereits 15 282 M. Versicherungssumme aus, wofür 330 M. Prämien erzielte, d. h. pro Unfall 849 M. Ausgabe 18,36 M. Einnahme. Die erhöhten Unfallleistungen sind wohl auf den Rapp-Wuttsch zurückzuführen, da ein Teil der erst einen oder zwei Monate Mitglied der Volksfürsorge waren die Hinterbliebenen aber auch die vollen Versicherungssummen erhielten. In unserer unruhigen Zeit sollten sich alle um das Wohlergehen ihrer Angehörigen besorgten Familienväter mehr für die Sache der Lebensversicherung interessieren, wie sie die Volksfürsorge tut. Da sie jetzt bis 5000 M. versichert, braucht kein Arbeiter Privatgesellschaften sein Geld zuzuführen.

Warum Konsumverein? Was nützt uns der Konsumverein? fragt noch mancher Verbraucher und wird sich nicht bewußt, wie verkehrt die ganze Fragestellung ist, wenn er erst alle durch den Konsumverein zu erlangenden Vorteile im Auge

nigen ausgedrückt zu bekommen. Der unmittelbare Nutzen Konsumvereins drückt sich deutlich genug schon durch Preis, des Gewicht und einwandfreie Beschaffenheit der Ware aus. Er kommt auch das Bedürfnis, den Vorteil einer Sache in Zahlen auszudrücken, genügend auf seine Rechnung. Mit dieser Würdigung der Konsumvereine ist aber nur über ein Stück ihres Wesens das gesagt. Ein mindestens gleich wichtiges Stück, wobei die Art- und Pfennigrechnung nicht so leicht in Anwendung kommen kann, ist jenes, mit dem die Konsumvereine an der Preisbildung teilhaben. Die Frage ist in diesem Falle so zu stellen: „Wie verhalten sich in einem Wirtschaftsgebiete die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse gestaltet haben, wenn in diesem Wirtschaftsgebiete ein Konsumverein nicht vorhanden wäre?“ Wir haben Gründe genug zu der Annahme, daß sich in einem gegebenen Wirtschaftsgebiete die Preise für die notwendigen Bedarfsartikel jene der genügend erstarrten Verbraucherorganisation anlehnen. Der Konsumverein die Preise seiner Güter nach den Grundsätzen der Gemeinwirtschaft — im Gegensatz zur Profitwirtschaft bemisst, so ist die Frage, warum der Verbraucher Mitglied eines Konsumvereins sein muß, nicht schwer zu beantworten. Nehmen wir dann noch hinzu, daß die organisierte Verbrauchervirtschaft Konsumvereins ein Stück zurückgelegten Weges in die neue Wirtschaft ist, die den Verbraucher und seine Bedürfnisse, nicht die Gewinn nach persönlichem Gewinn in ihren Mittelpunkt stellt. Abhängig ist die Wirkungsmöglichkeit des Konsumvereins aber in dem Maße von seiner inneren Stärke, von der die möglichst weitestgehende Umschließung aller Verbraucher durch den Konsumverein ein Stück ist.

Eine Genossenschaftsschule. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtet in Hamburg, am Sitz der Zentrale der Bewegung, eine Genossenschaftsschule. Jährlich sollen vom 1. Oktober bis 1. April 20 bis 24 Angestellte aus Konsumgenossenschaftlichen Betrieben nach Hamburg gezogen werden, um in praktischen und theoretischen Angelegenheiten eine Durchbildung zu erfahren, die allein alle Schwierigkeiten beim Neubau der deutschen Wirtschaft zu überwinden verspricht. In engster Verbindung mit der wirtschaftlichen Praxis sollen die Schüler die Bewegungsweise des wirtschaftlichen Lebens kennen lernen. Die größte Aufgabe der Verbraucherorganisation, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, ist sich bewußt, mit der Durchführung seines Plans ein ungemein notwendiges Stück Voraussetzung für die besondere und für die allgemeine Wirtschaftsarbeit zu schaffen. Die kommende Wirtschaftsform, wesentlich anders geartet als die Vergangenheit, braucht Menschen, die fähig sind, die Werkzeuge der Gemeinwirtschaft zu handhaben. Trotz großer Schwierigkeiten, eigentlich gerade wegen dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten, soll das Werk entstehen, damit nichts versäumt werde, recht bald den Grundstein für Neues, Besseres zu legen. Die deutschen Konsumvereine werden es sich zur Ehre anrechnen, die Mittel zur Verfügung zu stellen, um das notwendige Werk zu errichten.

Zulagen zu den Unfallrenten. Durch Verordnung vom 1. Mai 1920 sind die Rentenzulagen für Unfallrenten beträchtlich erhöht und auf eine andere Rechnungsgrundlage gestellt worden. Sie sind sie ausgedehnt auf Unfallrenten von 50 Proz. an (statt bisher von 66 2/3 Proz.), sowie auf Witwen- und Waisenrenten bei tödlichen Unfällen. Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung sind noch nicht ergangen, auch im übrigen erfordert die Durchführung der neuen Zulagen umfangreiche Druck-, Schreib- und Schreibearbeiten, so daß sie trotz aller Anstrengungen erst allmählich in den nächsten Wochen und Monaten zur Auszahlung kommen können. Inzwischen laufen die bisherigen Zulagen von 1. Januar dieses Jahres an verrechnet. Die Empfänger von 50 Proz. und darüber, ebenso die von Witwen- und Waisenrenten, müssen, um die neue Zulage zu erhalten, bei ihrer Berufsgenossenschaft keinen besonderen Antrag zu stellen. Die neuen Zulagen werden ihnen von Amts wegen zukommen und durch weiteres Schreiben wird im allgemeinen die wünschenswerte Abwicklung eher verzögert. Dagegen müssen sich die Empfänger von Renten von zusammen 50 Proz. oder mehr beziehen, weil von Amts wegen durch die Berufsgenossenschaften nicht genau festgestellt werden können.

Versammlungsberichte.

Gräfenenthal. Am 24. Mai tagte in Taubendorf eine Konferenz, zu welcher die Verwaltungen der Zahlstellen Gräfenenthal, Reichsdorf und Neubaus a. Rh. sowie alle Betriebsräte der an Zahlstellen angeschlossenen Betriebe eingeladen waren. Durch die Anwesenheit wurde festgestellt, daß alle Eingeladenen vertreten waren, außer dem Betriebsrat der Firma Carl Scheidig, Gräfen-

thal, und dem der Porzellanfabrik Spechtbrunn. In der Hauptsache hatte sich die Konferenz mit der Verschleppungstatistik der Unternehmer, veranlaßt durch den Gauleiter Reeb, zu befassen. Zur näheren Aufklärung müssen wir folgendes berichten:

Fast fünf Monate wartete die hiesige Arbeiterschaft auf die Regelung von Streitfragen durch ein Schiedsamt. Anfang Mai war es glücklich so weit gekommen, daß das genannte Schiedsgericht seine Tätigkeit beginnen konnte, die allerdings durch das uns unverständliche Verhalten des Gauleiters Reeb halb wieder eingestellt werden mußte. Wir können mit dem besten Willen nicht verstehen, wie dem Vorsitzenden des Schiedsamtes Parteilichkeit vorgeworfen werden kann, da dieser doch von Unternehmerseite einstimmig anerkannt worden war. Außerdem erwarten wir von Herrn Reeb, unsere Vertreter in Zukunft nicht mehr mit dem bekannten bayerischen Ton zu belästigen. Wir wohnen nämlich auch dicht an der bayerischen Grenze und waren schon öfter dort zur Kirchweih usw. um Studien zu machen. Nötigenfalls können wir mit den dort üblichen Manieren in ganz vorzüglicher Weise aufwarten.

Daß es sich um eine prinzipielle Verschleppung handelt, hat Herr Reeb schon Ende April unseren Kollegen gegenüber in Probstzella erkennen lassen, indem er sich ungefähr so äußerte: „Wenn mir der Vorsitzende des Schiedsamtes nicht paßt, dann lehne ich ihn einfach ab.“ Und sein Wort hat Herr Reeb gehalten, wenn er es auch auf Umwegen in die Tat umsetzen mußte. Die Konferenz gab über diese Angelegenheit ihren Unwillen zu erkennen, indem sie einstimmig folgende Resolution annahm:

„Die am 24. Mai 1920 in Taubendorf statt besuchte Konferenz der Betriebsräte des Bezirkes Gräfenenthal spricht ihre schärfste Entrüstung aus gegen das Benehmen und Arbeiten des Gauleiters Reeb während der Sitzung des Schiedsamtes in Ilmenau. Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten, und verlangt, daß mit aller Kraft praktische Arbeit geleistet wird, um die im Tarif festgelegten Rechte wirksam zu gestalten. Sie wird kein Mittel unversucht lassen, um den Verschleppungen von Unternehmerseite entgegenzutreten und bekundet den festen Willen, wenn nötig, mit schärferen Waffen zu kämpfen.“

Weiter kam zur Kenntnis, daß der Ort „Dichte“ in bezug auf Unorganisierte ganz besonders glänzt. Möge auch den „Dichtener“ Kollegen bald ein „Dicht“ aufgehen, damit sie die Wichtigkeit der Organisation zu erkennen vermögen. Mit einer Ermahnung an die Versammelten, auch bei der künftigen Wahl ihre Pflicht zu tun, wurde die Konferenz beendet.

Hermesdorf, S.-A. Die Versammlung vom 2. Mai war einigermaßen gut besucht. Der Kassenbericht des Genossen Kellner vom 1. Quartal ergibt eine Einnahme von 9743,22 Mk., eine Ausgabe von 6191,29 Mk., mithin Bestand 3551,93 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 639, und zwar 386 Männliche und 253 Weibliche. Es folgt der Bericht des Genossen Hilbig von der letzten Bezirkskonferenz. Hierzu entspann sich eine lange Debatte, vor allem über den angestellenden Lokalbeamten. Die Versammlung wurde dahin einig, einen Beschluß nicht zu fassen, sondern in einer demnächst stattfindenden Betriebsversammlung die Angelegenheit nochmals gründlich zu besprechen. Unter „Verschiedenes“ wird die Glasurerei Stauch zum größeren gegenseitigen Vertrauen ermahnt, was bisher fehlte. Die Sammlung für Genossen Domschütz im Betriebe hat 702,45 Mk. ergeben, wofür sich Genosse Domschütz bedankte. Der Aufruf für Genossen Körs in der „Ameise“ hat 420 Mk. ergeben. Allen Spendern nochmals herzlichen Dank.

Kloster-Beilsdorf. Unsere am 19. Mai im „Klosterhof“ stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Zu Punkt „Unsere Lohnforderungen“ verlas Kollege Franz Eriker eine für eine fünfköpfige Familie aufgestellte Lebensmitteltabelle; nach dieser hatte die Verwaltung die berechtigten neuen Forderungen aufgebaut, welche von der Versammlung einstimmig angenommen und nach Berlin abgesandt werden sollen. Punkt „Erhöhung der Verbandsbeiträge“. Hier wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß unbedingt nach den jetzigen Lohnverhältnissen ein Aufschlag erfolgen müßte, um den Lebensnerv unserer Organisation zu kräftigen. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 19. Mai im „Klosterhof“ abgehaltene Zahlstellenversammlung beschließt einstimmig, daß die Verbandsbeiträge um 100 Proz., einschließlich 20 Pfennig Lokalbeitrag, zu erhöhen sind, ebenso ist die Erwerbslosenunterstützung um 80 Proz. zu erhöhen.“ Punkt „Bestrebungen des Verbandes“. Hierzu nahm der Vorsitzende, Kollege August Hoffmann, das Wort und schilderte der Versammlung, daß der Verband sich stets die größte Mühe gebe, um allen Arbeitern gerecht zu werden und man sehr bedauern müsse, daß die „Ameise“ so wenig, meist gar nicht gelesen würde, wo doch so viele Aufklärungen und Artikel ständen zum Nutzen der Arbeiter, z. B. Arbeitsvermittlung, Rechtsschutz usw. Er bittet die Mitglieder, die Verbandsinteressen stets zu vertreten und zu schützen. Punkt „Heimarbeiterinnenfrage“. Dieser Punkt hatte sich inzwischen erledigt und soll die Heimarbeit durch die jetzt erfolgten ausländischen Aufträge beibehalten werden. Punkt „Verschiedenes“. Kollege Franz Eriker verliest einen Aufruf für eine Geldsammlung für die im Kapp-Putsch gefallenen Arbeiter. Der Vorsitzende, Kollege August Hoffmann, bittet die Arbeiter, hierzu einen Stundenlohn zu bewilligen, was auch angenommen wurde. Kollege Franz Eriker verlas noch einen von der Gauleitung zugesandten Brief betreffs Verletzung in Ortsklasse 2a. Es wurde uns mitgeteilt, daß sich die Verhandlungen verschlagen hätten durch den Gauleiter des Arbeitsbezirks, Herr Reeb, worüber große Enttäuschung bei den Arbeitern herrschte. Wie kommt dieser Herr allein dazu, das Schiedsamt zu sprengen, wo doch beglaubigte Atteste vorlagen? Die Versammlung protestiert hiergegen und soll man die Direktion ersuchen, bei ihrem Verband die nötigen Schritte zu unternehmen, da die Arbeiterschaft dringend die Verletzung in Klasse 2a fordert.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 10. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich ein-

mal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 9,75 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 75 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 12. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 50 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Berlin.

Wir bitten alle Betriebsräte und Betriebsobleute, die Legitimationskarten des Betriebsrätesekretariats der Gewerkschaftskommission im Bureau, Raunynstr. 85, abzuholen. A p e l.

Aufforderung!

Durch Bekanntmachung in Nr. 17 der „Ameise“ ersuchte ich die Zahlstellenkassierer, mir mitzuteilen, ob und wieviel Kartothekasten sie erhalten haben. Bis heute fehlt aber noch von 80 Zahlstellen diese Mitteilung.

Wenn die Kassierer mir diese Mitteilung vorenthalten, dann verhindern sie die Kontrolle darüber, ob auch die von mir bestellte Anzahl Kartothekasten geliefert und versandt worden ist.

Erlaube deshalb nochmals, diese Mitteilung umgehend an mich gelangen zu lassen. Wilh. Herden.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Oswald Walther gingen folgende Beträge von den Zahlstellen ein: Althausenleben 10,—; Annaburg 10,—; Blankenhain 10,—; Brattenborn 15,—; Hennigsdorf 10,—; Hermisdorf 20,—; Goldlauter 10,—; Großbreitenbach 20,—; Ilmenau 10,—; Jecha 10,—; Kahla 10,—; Königszelt 10,—; Mannheim 5,—; Marktzeuthen 21,50; Meuselwitz 20,—; Neuhaldensleben 10,—; Neuhaus, Kreis Sonneberg, 20,—; Pössa 10,—; Plau 10,—; Pöschel 15,—; Rastau 10,—; Schönwald 10,—; Teltow 20,—; Tiefenfurt 20,—; Weiswasser 20,—; Golditz 10,—; Püttengrund 20,— Mk. Summa 371,50 Mk. Allen Spendern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Zahlstelle Freiberg. Der Kassierer: Paul Glöckner.

Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Mitgliedschaft Dresden.

Samstag, den 20. Juni: Familienvergügen in den Räumen des „Alten Gasthofes“ in Serkowitz-Madebenl.

Programm.

Konzert, ausgeführt vom Männergesangsverein „Peramit“ unter persönlicher Leitung des Konfunktlers Herrn Otto Neubert. Tanz.

Bei günstiger Witterung gemeinsame Wanderung vom „Wilden Mann“ aus. Abmarsch 1/2 2 Uhr.

Karten zu 50 Pf. sind bei den Beitragskassierern zu entnehmen. Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen Das Komitee.

Adressen-Veränderungen.

Girichen. Kassierer: Hans Brunner, Nr. 225.

Ilmenau. Lokalbeamter: Max Brehme, Bergstr. 13.

Schönwald. Vorsitzender: Josef Wildstein, Nr. 161.

Walbershof. Kassierer: Berthold Gössinger, Dreher, Kolonie 214.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Arzberg. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Saale des Konsumvereins.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung am 16. Juni, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Dresdenerstr. 113.

Härberg. Samstag, 12. Juni, abends 7 Uhr, Restaurant Lengenfelder, Querstraße (Friedr.).

Spandau. Montag, den 14. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei Wind, Pichelsdorferstr. 4.

An die Kassierer und Schriftführer!

Um rechtzeitige Mitteilung an die Redaktion vom Stattfinden der Versammlungen muß immer wieder und dringend gebeten werden. Es gingen wieder mehrere Anzeigen verspätet ein.

Stirbetafel.

Größenhain. Hermann Hirsch, Sieber, geboren am 26. Februar 1875, gestorben am 7. an den Folgen einer bei den Märztagen erhaltenen Verwundung. Mitglied seit 1903.

Rappelsdorf. Georg Eißner, Augenarzt, geboren am 7. März 1875 zu Eichenstein, gestorben am 8. Mai an einer Lungen- und Nierenkrankheit. Mitglied seit 1906.

Wargitzsch. Ernst Heintze, Dreher, geboren am 11. November 1857 in Ebersdorf, gestorben am 21. Mai an Schilddrüsenerkrankung. Mitglied seit 1897.

Wargitzsch. Ernst Heinrich, Pader, geboren am 14. August 1857 in Wittenhain, gestorben am 22. Mai an Gallenleiden. Mitglied seit 1919.

Wargitzsch. Otto Meißel, Maler, geboren am 30. September 1884 zu Schöna, gestorben am 1. Juni an Gehirnerkrankung. Mitglied seit 1905.

Ehre ihrem Andenken!

An die Passierer! Veröffentlichungen für die Tafel unserer „Ameise“ sind bald nach dem Ableben eines Mitglieds an die Redaktion der „Ameise“ zu senden. Dabei ist anzugeben: Mitgliedsnummer, Vor- und Zuname des Verstorbenen, Geburtsort, Datum des Todes und Todesursache.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, nicht weiter befördert.

Wir suchen in dauernde Stellung einen selbständig arbeitenden Maler (erste Kraft), für handgemalte Köpfe und Figuren, blau oder größere Stücke. Gebrüder Schulz, Frankfurt a.

Wir suchen zum baldigen Eintritt 1 Maler für bessere Hand-, Wand- und Stempelarbeiten; für Kaffee-Laferservice 1 hühnen Becherbreher und 1 Tellerbreher.

Wir rechnen nur auf tüchtige, nüchterne und solide Personen, welche sich als Arbeiter und zum Anlernen ungeübter Kräfte eignen. Herren, denen an dauernder Stellung gelegen ist, belieben wir mit Angabe vorheriger Tätigkeit, Zeugnisabschriften sowie des Alters einzureichen an

A.-B. Karlstrona Porzellanfabrik, Karlstrona, Schöneberg.

Geschäfts-Anzeigen.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Gläser usw. zahle die höchsten Preise. Machen einen Versuch und Sie werden in Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Nussel — Gläser, Malzrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Abfälle. Bestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadthaus i.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Heimer, Langewiesen bei Ilmenau.

1a Nordh. Rautabak (Vereinigte Tabakwerke)

à Rolle 1,75 Mk. Versand von 10 Rollen ab. Ferner Martialis Tabak, rein Uebersee, in 50-Gramm-Paketen à 4,10 Mk., Versand 4 Paketen ab und Nachnahme (oder Vorkasse, portofrei). Reelle Bedienung. Universal-Versand, Hermisdorf, G.

Offerierte hierdurch Bismarck-, Lebantiner Schwämme zu 18, 18, 24 und 35 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Druckerei. Garnierungsschwämme von 1 bis 10 Mk. pro Stück, diese Zwecke auch geeignete Reiffschwämme, das Kilo 120 bis 200 enthaltend, 250 Mk. pro Kilo. Große, weiche Hartbohrschwämme Steingutfabriken, das Kilo etwa 35 Stück enthaltend, 350 Mk. Kilo. Große prima Elefantenschwämme, das Kilo 650 Mk. nur auf feste Vertrauensbestellung, nicht unter 600 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Ansichtsendungen lehne ab. Mit großen Fabrikleitungen event. besondere Vereinbar. H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25; Prenzlauer

Gold, Platin u. Silber zu allen Arten

Engl.
1894.
—
Berlin
Deutsch.



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiter-Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 2. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 2. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 2.